



Niederschrift

22. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
14. Juli 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Sitzungseröffnung

Punkt 1 der Tagesordnung: Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften
Antrag FDP/FW, FÜR
Vorlage: 2026/0433

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigten Stadträtinnen und Stadträte mit.

Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 2026 verwiesen worden.

Stadtrat Kalmbach (FÜR) zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. In der Antwort stehe, dass die Wirtschaftlichkeit regelmäßig geprüft werde. Warum wurde dann in einem Jahr nur eine Mitgliedschaft gekündigt, während zwei neue begonnen wurden? Dies zeige deutlich in die falsche Richtung. Daher müsse man sich alles noch einmal genauer anschauen.

Der Vorsitzende entgegnet, er habe den Eindruck, dass sich die verschiedenen Dienststellen sehr intensiv Gedanken darüber machten, welche Mitgliedschaften sie kündigen möchten. Oftmals käme dann heraus, dass eine Kündigung eher schädlich sei. Dann über Mitgliedschaften bekomme man beispielsweise Tagungsgebühren, Fortbildungsangebote, Qualifizierungen und ähnliches günstiger. Es gebe viele Vorschläge, welche Mitgliedschaften man kündigen wolle, was sich aber in einer Gegenüberstellung als nicht sinnvoll erweise. Das Thema werde sehr kritisch angegangen. Der Vorschlag aus dem Antrag würde zu erheblichem Verwaltungsaufwand führen. Gerne könne man aber im Rahmen der

Haushaltsaufstellung 2028/2029 noch einmal schauen, wo es bei einzelnen Haushaltspositionen Mitgliedschaften gebe. Dann könne man versuchen, es stärker transparent zu machen und dort die Diskussion führen.

Stadtrat Hofmann (CDU) stellt fest, es sei ein Riesenaufwand, wenn man den konkreten Nutzen darstellen wolle. Das sprengte den Rahmen. Es sei jedoch eine subjektive Sichtweise eines jeden, wie gut oder wie schlecht eine Mitgliedschaft sei. Den Kompromissvorschlag, es bei der nächsten Haushaltsberatung zu beraten, könne seine Fraktion mitgehen. Wenn man aber vorher schon eine Aufstellung bekomme, welche Mitgliedschaften freiwillige Leistungen seien und welcher finanzielle und personelle Aufwand dies bedeute, dann sei man besser ausgestattet als bisher.

Stadträtin Wolf (GRÜNE) kann dem Vorschlag, es strukturell anzuschauen, grundsätzlich einiges abgewinnen. Sie sehe aber, dass der Aufwand sehr hoch sei. Mit einer Aufstellung der rein finanziellen Kosten sei es nicht getan. Es gehe auch darum, was man durch den Zugang zu den Netzwerken an Informationen erhalte. Wenn man es sich strukturell anschau, müsse auch dies alles betrachtet werden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) meint, jeder Amtsleiter oder jede Amtsleiterin sei genötigt, den Haushalt zu reduzieren und Einsparungen zu machen. Im Zuge dessen werde man sich auch die Frage stellen, ob es sich lohne, Mitglied in einem Verein zu sein oder nicht. Damit treffen diejenigen, die am stärksten davon betroffen seien, die Entscheidung.

Stadtrat Schnell (AfD) merkt an, es wurde angedeutet, dass man durch die Mitgliedschaften auch etwas spare, wenn Weiterbildungen oder Ähnliches günstiger würden. Dies halte er für blauäugig, weil nicht hinterfragt werde, ob man diese Weiterbildung überhaupt benötige.

Der Vorsitzende antwortet, es sei eine Glaubensfrage, ob man der Verwaltung abnehme, dass ein Amt eher eine Mitgliedschaft auf den Prüfstand stelle, als Personal abzubauen. Die Summen seien aber auch nicht so, dass eine Mitgliedschaft mehr oder weniger dazu führe, dass man an anderer Stelle entlastet werde. Es gebe viele Vorschläge für die Beendigung von Mitgliedschaften, die sich aber bei einer detaillierteren Betrachtung als nicht besonders hinfällig darstellen. Ob ein Mitarbeiter eine Fortbildung benötige, sei operatives Geschäft. Er halte seinen Vorschlag aufrecht, bei der nächsten Haushaltsaufstellung bei den einzelnen Haushaltspositionen darlege, welche Mitgliedschaften es dort gebe. Man werde den Betrag einstellen. Vielleicht führe man auch nur die Mitgliedschaften auf, die Geld kosteten und mache eine Art Mindestgrenze.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW) geht es darum, die Verwaltung in dem Bestreben, Einsparungen zu erreichen, zu unterstützen und von politischer Seite her zu sagen, man müsse es durchforsten. Wenn man die Zusage bekomme, dass man beispielsweise alles ab 1.000 Euro aufwärts anschau, dann könne seine Fraktion das so mitgehen.

Stadtrat Cramer (KAL) bekennt, seine Fraktion habe das Vertrauen in die Verwaltung. Er gehe nicht davon aus, dass Ämter oder Dezernate eine Mitgliedschaft aufrechterhielten, von der man nicht profitiere. Das Angebot, es noch einmal darzustellen, begrüße er. Vielleicht könne man auch darstellen, worum es inhaltlich gehe und welchen Nutzen die einzelnen Ämter und Dezernate davon hätten.

Der Vorsitzende sagt zu, alles ab 1.000 Euro darzustellen. Bei der nächsten Haushaltsaufstellung werde man zu den einzelnen Haushaltspositionen noch einmal kurz darstellen, welche Mitgliedsbeiträge entweder sowieso im Haushalt hinterlegt seien, oder welche sich sonst dahinter verbergen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erklärt dass man so verfahren werde.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Juli 2026